

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

**ECOS-IV-002**

Brüssel, den 27. Juni 2006

**STELLUNGNAHME**

des Ausschusses der Regionen

vom 15. Juni 2006

zu der

**Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen**

**Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen**

**Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft**

**Eine zeitgemäße KMU-Politik für Wachstum und Beschäftigung**

KOM(2005) 551 endg.

---

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

**gestützt auf** die Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen *Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft "Eine zeitgemäße KMU-Politik für Wachstum und Beschäftigung"*, (KOM(2005) 551 endg.);

**aufgrund** des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 15. November 2005, ihn gemäß Artikel 265 Absatz 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft um Stellungnahme zu ersuchen;

**aufgrund** des Beschlusses seines Präsidenten vom 24. Januar 2006, die Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der Erarbeitung einer diesbezüglichen Stellungnahme zu beauftragen;

**gestützt auf** seine Stellungnahme zum Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (KOM(2005) 121 endg.) - (CdR 150/2005 fin)<sup>1</sup>;

**gestützt auf** seine Stellungnahme zu den Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008) (KOM(2005) 141 endg.) - (CdR 147/2005 fin)<sup>2</sup>;

**gestützt auf** seine Initiativstellungnahme zum Thema "Wettbewerbsfähigkeit und Dezentralisierung" (CdR 23/2005 fin)<sup>3</sup>;

**gestützt auf** den am 6. April 2006 von der Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik angenommenen Stellungnahmeentwurf (CdR 40/2006 rev. 2) (Berichterstatterin: Frau Constance Hanniffy, Mitglied des Grafschaftsrats von Offaly, Präsidentin der Regionalbehörde Midland und Mitglied des Regionalparlaments von Border Midland und West-Midland, IE/EVP);

**verabschiedete auf seiner 65. Plenartagung am 14./15. Juni 2006 (Sitzung vom 15. Juni) folgende Stellungnahme:**

\*

\* \*

---

1 Noch nicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

2 Noch nicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

3 Noch nicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

## 1. Bemerkungen des Ausschusses der Regionen

### Der Ausschuss der Regionen

#### Ein neuer Elan für die KMU-Politik

- 1.1 **befürwortet** die Mitteilung der Kommission betreffend eine zeitgemäße KMU-Politik für Wachstum und Beschäftigung als geeigneten Ansatz, der KMU-Politik neuen Schwung zu verleihen, die Politik wieder auf die wichtigsten Elemente auszurichten und das Handeln der Gemeinschaft rationeller zu gestalten und ihm so größere Effizienz zu verleihen;
- 1.2 **unterstützt** die Förderung einer stärker integrierenden EU-Politik zugunsten der KMU, die der Vielfalt der KMU in Bezug auf Größe, Eigentümerschaft und Wirtschaftssektor Rechnung trägt und eine ganze Palette an entsprechend zugeschnittenen Unterstützungsformen und ein geeignetes rechtliches Umfeld beinhaltet, um den verschiedenen Bedürfnissen der KMU in der Europäischen Union gerecht zu werden;
- 1.3 **nimmt zur Kenntnis**, dass in der Kommissionsmitteilung auf die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften hingewiesen wird, ist allerdings der Ansicht, dass näher darauf hätte eingegangen werden können, welche Schlüsselrolle den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Unterstützung der KMU zukommt, dergestalt dass sie ein entsprechendes Umfeld für die Entwicklung der KMU sowie für Unternehmensübertragungen schaffen und als Großkunden für die Waren und Dienstleistungen von KMU auftreten;
- 1.4 **räumt ein**, dass es in der Hauptsache Aufgabe der Mitgliedstaaten ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Politik zugunsten der KMU wirklich effizient gestaltet wird, und legt ihnen denn auch nahe, darauf zu achten, dass ihre nationalen Reformprogramme konkrete Maßnahmen zur Förderung der Schaffung und Weiterentwicklung von KMU vorsehen;
- 1.5 **macht aufmerksam auf** die analytische Betrachtung der Kommission über die Konzipierung der nationalen Reformprogramme (NRP) und vor allem über die fehlende Abstimmung mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und **begrüßt** in diesem Zusammenhang die Aufforderung seitens des Europäischen Gipfels vom März 2006, seine Arbeiten zu den nationalen Reformprogrammen fortzusetzen;
- 1.6 **ist der Auffassung**, dass die Umsetzung und das entsprechende diesbezügliche Engagement seitens aller beteiligten Akteure für eine erfolgreiche KMU-Politik zweifelsfrei von vitaler Bedeutung sind und die Kommission deswegen in ihrer Mitteilung hier gewisse spezifische Ziele und Fristen hätte festlegen sollen, anhand derer die Fortschritte bei der Verwirklichung der Politik gemessen werden können;
- 1.7 **nimmt zur Kenntnis**, welche hohe Priorität der österreichische Ratsvorsitz den KMU eingeräumt hat, und **begrüßt** den Beschluss des Europäischen Rates vom März 2006, die "Erschließung des Unternehmenspotenzials, insbesondere von kleinen und mittleren Unter-

nehmen (KMU)" als einen der spezifischen Bereiche für vorrangige Maßnahmen auszuweisen. Des Weiteren fordert der Ausschuss nachdrücklich, dass der Europäische Rat künftig eine offene und umfassende Bewertung der nationalen Reformprogramme vornehmen sollte und dabei vor allem ein klares Urteil darüber abgeben sollte, ob und inwieweit sie diese Programme den KMU tatsächlich etwas bringen;

- 1.8 **unterstützt** eine angemessene Mittelausstattung des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP), da dieses Programm ein maßgebliches Instrument für die KMU-Politik der Gemeinschaft sein wird;

### **Förderung unternehmerischer Initiative und Fähigkeiten**

- 1.9 **ist der Ansicht**, dass jedwede unternehmerische Initiative gefördert und unterstützt werden sollte, **begrüßt**, dass in der Mitteilung anerkannt wird, dass den Bedürfnissen der Unternehmerinnen, jungen Menschen, Minderheiten, Migranten und älteren Unternehmer nicht genügend entsprochen wird, **macht darauf aufmerksam**, dass die erwähnten Gruppen nicht als einheitliche Gruppe aufgefasst werden dürfen, sondern betont, dass jede Gruppe spezifischer Maßnahmen bedarf - Sonderbedürfnisse können je nach Land und sogar gruppenintern bestehen -, **ist der Ansicht**, dass die in der Mitteilung skizzierten diesbezüglichen Vorschläge sich auf die Unterstützung von Vernetzungsmaßnahmen beschränken, aber mehr konkrete Vorschläge erforderlich sind, um die Bereitschaft zu unternehmerischer Tätigkeit bei diesen verschiedenen Zielgruppen zu steigern, indem der auf dem Europäischen Gipfel vom 23./24. März 2006 angenommene Europäische Pakt für die Gleichstellung der Geschlechter entsprechend auf die anderen Personengruppen ausgedehnt wird;
- 1.10 **unterstreicht** die Bedeutung lokaler und regionaler Initiativen für die Begünstigung einer unternehmerischen Mentalität sowie die Förderung und Vermittlung einer unternehmerfreundlichen Bildung auf sämtlichen Ebenen der schulischen Bildungssysteme, **ist jedoch der Auffassung**, dass vielen Initiativen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung entsprechender Zuschnitt und Flexibilität fehlen, um den Bedürfnissen der KMU gerecht zu werden;
- 1.11 **begrüßt** die Einführung eines "European Enterprise Award"-Wettbewerbs, um die unternehmerische Tätigkeit zu fördern, bewährten Vorgehensweisen auf lokaler und regionaler Ebene zu größerem Bekanntheitsgrad zu verhelfen und potenzielle Unternehmer zu ermutigen;
- 1.12 **macht aufmerksam auf** die Notwendigkeit einer positiveren Einstellung der Gesellschaft im Allgemeinen, aber zumal des Bankwesens und des öffentlichen Sektors, zu kalkulierbarem und gesichertem Geschäftsrisiko und Toleranz gegenüber unternehmerischem Scheitern, und **appelliert** an die Mitgliedstaaten, dafür Sorge zu tragen, dass in der gesamten Europäischen Union sich eine der unternehmerischen Tätigkeit stärker geneigte Mentalität einstellt und die bereits erworbene unternehmerische Erfahrung eines Unternehmers mehr anerkannt wird;

### Verbesserung des Marktzugangs der KMU

- 1.13 **befürwortet** die vorgeschlagene Überprüfung der Euro-Info-Centres (EIC) durch die Kommission, da **nach seiner Einschätzung** die Leistungsfähigkeit der EIC sowie auch ihr Vermögen, den KMU für eine internationale Tätigkeit umfassende Unterstützung und Beratung zuteil werden zu lassen, in den einzelnen Mitgliedstaaten bislang sehr unterschiedlich war; ferner unterstreicht der Ausschuss, dass eine Abgrenzung des Aufgabenbereichs und der Zuständigkeiten der an diesem Netzwerk beteiligten Stellen sowie die Einrichtung von Mechanismen zur Koordinierung mit anderen Instrumenten wie beispielsweise dem Informationsnetzwerk Europe Direct zweckdienlich ist, um Überschneidungen bei der Erbringung von Informations- und Beratungsdiensten zu vermeiden und eine effiziente Nutzung der Ressourcen zu fördern;
- 1.14 würde Vorschläge begrüßen, die spezifischen Programme zur Erleichterung des Zugangs der KMU zu den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) auszubauen, was der Konkurrenzfähigkeit der KMU und ihrem Zugang zu neuen Märkten zugute käme.
- 1.15 **nimmt** die Vorschläge der Kommission zur Verbesserung des Zugangs von KMU zu öffentlichen Aufträgen **zur Kenntnis**;
- 1.16 **ist der Meinung**, dass die Anstrengungen im Normungsbereich nicht zu zusätzlichem bürokratischen Aufwand führen dürfen, der sich für die KMU negativ auswirken würde;

### Abbau bürokratischer Hindernisse

- 1.17 **begrüßt** die Zusage der Kommission, die gemeinschaftlichen Regelungen und Rechtsvorschriften zu vereinfachen, um den KMU den Zugang zu Gemeinschaftsprogrammen zu erleichtern, **hätte aber gerne** eine klarere Auskunft darüber, wie dies erreicht werden soll und welche Auswirkungen sich für die Organisationen ergeben, die die EU-Mittel zuweisen;
- 1.18 **befürwortet** die Zusage, anstehende neue Regelwerke sorgfältig zu sichten, und **empfiehlt** der Kommission, sich mit repräsentativen Gruppen der KMU ins Benehmen zu setzen, um sicherzustellen, dass neue Regelwerke das Wachstums- und Innovationspotenzial der KMU nicht beeinträchtigen;
- 1.19 **stellt fest**, dass dem KMU-Beauftragten eine wichtige Funktion zugeordnet wird, der dafür sorgen soll, dass die Politik der EU KMU-freundlich angelegt ist, **macht indes darauf aufmerksam**, dass genügend Mittel bereitgestellt und vor allem dem Beauftragten ein entsprechender Status und politisches Gewicht zuerkannt werden, so dass die mit dieser Einrichtung angestrebten Ziele auch tatsächlich erreicht werden können;
- 1.20 **unterschreibt** den Vorschlag, den Grundsatz "Think Small First" (zuerst in kleinen Dimensionen denken) in sämtlichen EU-Politikbereichen anzuwenden, und **ist außerdem der**

**Auffassung**, dass den KMU bei dem Verfahren für die Wirkungsanalyse von EU-Rechtsvorschlägen höhere Priorität eingeräumt werden sollte;

- 1.21 **würde es ferner begrüßen**, wenn weitere Initiativen ergriffen würden, um die Entwicklung im Bereich der KMU-Politik kohärenter und abschätzbarer zu gestalten, so dass die KMU besser abschätzen können und besser darauf vorbereitet sind, was auf sie zukommt;
- 1.22 **unterstreicht** den Erfolg des "One-Stop-Shop"-Konzepts, das sich bei der Unterstützung und Förderung des Wachstums der KMU in mehreren Regionen der EU sehr gut bewährt hat, **weist hin auf** das Potenzial dieser Einrichtungen als Anlaufstellen für Informationen und Unterstützung in Sachen öffentliche Aufträge, um Einblick in den Prozess der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsverträge zu gewinnen, und **plädiert dafür**, diesem Konzept ganz allgemein mehr Augenmerk zu widmen, z.B. durch die Veranstaltung von Foren und Seminaren zum Thema "bewährte Verfahren", die den Austausch über die besten regionalen Initiativen auf diesem Gebiet ermöglichen;

#### **Verbesserung des Wachstumspotenzials der KMU**

- 1.23 **befürwortet** das Anliegen, die Beteiligung von KMU an EU-Programmen und -Initiativen zu steigern, **ist indes der Ansicht**, dass durch sorgfältige Beobachtung dafür gesorgt werden müsste, dass die im Rahmen spezifischer Programme diesbezüglich gemachten Zusagen auch wirklich eingehalten werden;
- 1.24 **würde es begrüßen**, wenn eine ausführlichere Darlegung der Rolle und der Größenordnung der Hilfe aus Strukturfondsmitteln sowie des Beitrags der sonstigen Gemeinschaftsinstrumente erfolgen würde und ein kohärenteres Konzept für die Ausgestaltung dieser Programme zur Unterstützung von KMU gewählt würde;
- 1.25 **macht darauf aufmerksam**, wie wichtig es ist, die KMU an Initiativen im Forschungs- und Technologiebereich zu beteiligen, und welche Schwierigkeiten KMU beim Zugang zu und der Verwertung von Forschung, Innovation und geistigem Eigentum erfahren, **fordert** indes ein differenziertes Konzept für kleinere mittelständische Unternehmen und KMU des nicht-technologischen Bereichs bei der Unterstützung der erfolgreichen Verwertung neuer Ideen;
- 1.26 **unterstützt** Initiativen für eine Zusammenarbeit zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Unternehmen und ihren Verbänden, Akademien, Hochschulen und Forschungszentren als Instrument der gebietsbezogenen Industriepolitik, indem Unterstützungsnetze eingerichtet werden, die den KMU helfen sollen, Hindernisse für eine größere Wettbewerbsfähigkeit, bessere Ausbildung und Nutzenanwendung von Innovationen zu überwinden.
- 1.27 **unterstützt** die vorgeschlagene Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen, in dem Anliegen, einen Teil der Risiken der KMU zu übernehmen, die Verfahren zu vereinfachen und ein flexibleres Konzept für die Unterstützung von KMU zu schaffen;

- 1.28 **betont** die Rolle, die das 7. FuE-Rahmenprogramm bei der Förderung der Forschungstätigkeit von KMU spielen kann, **plädiert gleichwohl dafür**, angesichts der beschränkten Forschungsmöglichkeiten der meisten KMU der Innovation, der Entwicklung und dem Technologietransfer für kleinere KMU mehr Augenmerk zu widmen;
- 1.29 **empfiehlt**, die Programme zur Förderung der Bildung von KMU-Verbänden sowie die Maßnahmen zur Erleichterung der Schaffung von KMU-Netzwerken auszubauen. Konkret wird die Anregung von Business-Angels-Netzwerken zur Lösung der Probleme beim Zugang zur Fremdfinanzierung in den KMU für sehr nützlich erachtet;

### **Stärkung des Dialogs und der Konsultierung mit den KMU-Akteuren**

- 1.30 **stimmt zu**, dass die Anliegen der KMU bereits in einem frühen Stadium der Konzipierung von Entwürfen für EU-Rechtsvorschriften und bei Normungsarbeiten berücksichtigt werden müssen, **fordert** indes konkretere Mechanismen und Regelungen, durch die die Konsultierung mit den KMU-Akteuren intensiviert werden kann;
- 1.31 **befürwortet** die Einrichtung von KMU-Panels als Mechanismus für aufschlussreiche Konsultierung betreffend Kommissionsvorschläge sowie für die Entwicklung einer Kommunikation zwischen KMU und der Europäischen Institution, stellt sich allerdings gewisse Frage bezüglich der Repräsentativität dieser Panels;
- 1.32 **betont** die Bedeutung der Konsultierung mit den regionalen und lokalen Interessen und **fordert** eine klarere Aussage darüber, wie die Kommission dies zu tun gedenkt und ob die Europäische Kommission sich für einen dezentraleren Ansatz bei der Unterstützung der KMU stark machen wird;
- 1.33 **unterstreicht** die einzigartige Position der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften als ausführende Organe, aber auch als Gesprächspartner bei der Kommunikation mit den Akteuren und bei der Förderung unternehmerischer Tätigkeit.

## **2. Empfehlungen des Ausschusses der Regionen**

### **Der Ausschuss der Regionen**

- 2.1 **appelliert** an die Mitgliedstaaten, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu den nationalen Reformprogrammen zu hören und dafür Sorge zu tragen, dass diese Programme konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Schaffung und Weiterentwicklung von KMU beinhalten. Des Weiteren sollte eine klare und aussagekräftige Bewertung der Nutzeffekte vorgenommen werden, die sich aus der Umsetzung der nationalen Reformprogramme für die KMU ergeben;
- 2.2 **schlägt vor**, im Rahmen der laufenden Analyse der Umsetzung der Lissabon-Strategie und der nationalen Reformprogramme, bestehende Erfahrungen mit lokal- und regionalpolitischen

Maßnahmen zur Unterstützung der Entwicklung von KMU unter besonderer Berücksichtigung von Industrie-Clustern und einem Netzwerk kleiner Betriebe, mit Blick auf die Erstellung eines Leitfadens für bewährte Praktiken zu ermitteln

- 2.3 **fordert** die Europäische Kommission **auf**, in stärkerem Maße die Rolle anzuerkennen, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Unterstützung der KMU, der Schaffung eines geeigneten Umfelds für die Entwicklung der KMU sowie für die Sicherung ihres Fortbestands durch Unternehmensübertragung und als Großkunden für Waren und Dienstleistungen von KMU im Wege öffentlicher Aufträge spielen können; in diesem Zusammenhang sollte eine effizientere Konsultierung mit den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften über Initiativen im Bereich der KMU-Politik stattfinden;
- 2.4 **empfiehlt**, konkrete Ziele und Fristen für die Durchführung der in der Mitteilung vorgesehenen neuen Maßnahmen festzulegen, um die Bewertung der Umsetzung und die Verbreitung bewährter Vorgehensweisen zu erleichtern und dafür zu sorgen, dass den Zusagen auch wirklich Taten folgen;
- 2.5 **empfiehlt**, der Vielfalt der KMU besser Rechnung zu tragen und bedarfsgerechtere Unterstützungsformen vorzusehen, wie z.B. flexibel angelegte Konzepte für allgemeine und berufliche Bildung und entsprechende Rechtsvorschriften, um den unterschiedlichen Bedürfnissen von KMU gerecht zu werden, und **fordert** einen differenzierteren Ansatz in Gemeinschaftsprogrammen für Kleinunternehmen, kleinere mittelständische Unternehmen und KMU des nicht-technologischen Bereichs in Bezug auf die Unterstützung der erfolgreichen praktischen Anwendung neuer Ideen;

#### **Förderung unternehmerischer Initiative und Fähigkeiten**

- 2.6 **hält** die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten **dazu an**, sich mit lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ins Benehmen zu setzen, die innovative Maßnahmen entwickelt haben und durchführen, um die unternehmerischen Möglichkeiten von Unternehmerinnen, jungen Menschen, Minderheiten, Migranten und älteren Unternehmern zu fördern, um die künftige Konzipierung der Gemeinschaftspolitik in Kenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten zu gestalten, und **empfiehlt**, spezifische Maßnahmen und Fördermittel für diese Personengruppen zu erwägen;

#### **Verbesserung des Marktzugangs der KMU**

- 2.7 **empfiehlt**, bei der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Überprüfung der Euro Info Centres (EIC) der Frage nachzugehen, ob die Ausstattung der EIC mit Finanzmitteln angemessen ist und inwieweit sie in der Lage sind, den KMU in ihrem Einzugsgebiet umfassende Unterstützung und Beratung zuteil werden zu lassen;
- 2.8 **fordert** die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften **auf**, sich in stärkerem Maße zu überlegen, wie sie den KMU in ihrem Zuständigkeitsbereich besser behilflich sein können,



und ihnen bessere Marktzugangsmöglichkeiten zumal bei der Lieferung von Waren und Dienstleistungen im Wege öffentlicher Ausschreibungen zu eröffnen;

### **Abbau bürokratischer Hindernisse**

- 2.9 **fordert**, größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Auswirkungen ordnungspolitischer Maßnahmen für die KMU der Europäischen Union zu verringern und bei Normungsaktivitäten darauf zu achten, dass sie keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand mit sich bringen, der die KMU belastet, und sich unbedingt mit Interessenvertretern der KMU ins Benehmen zu setzen, um zu gewährleisten, dass neue Rechtsvorschriften das Wachstums- und Innovationspotenzial der KMU nicht beeinträchtigen;
- 2.10 **empfiehlt**, den KMU-Beauftragten mit entsprechenden Ressourcen, Status und politischem Gewicht auszustatten, so dass der Zweck dieser Einrichtung und die Erwartungen der KMU tatsächlich erfüllt werden können;
- 2.11 **fordert** eine bessere Abstimmung der KMU-Politik und der Förderprogramme durch den Ausbau des One-Stop-Shop-Modells, etwa in Form von *e*-Government-Portalen und One-Stop-Shops für öffentliche Aufträge;
- 2.12 **fordert** die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten **auf**, Initiativen ins Auge zu fassen, um die Entwicklung im Bereich der KMU-Politik kohärenter und abschätzbarer zu gestalten, wie etwa zwei feste Termine im Jahr vorzusehen, zu denen alle neuen Regelwerke jeweils in Kraft treten, so dass die KMU absehen können und besser darauf vorbereitet sind, was auf sie zukommt.

Brüssel, den 15. Juni 2006

Der Präsident  
des Ausschusses der Regionen

Der Generalsekretär  
des Ausschusses der Regionen

**Michel Delebarre**

**Gerhard Stahl**

---